

Reformen in Deutschland

Deutschland muss billiger werden. So lautete das Credo von Prof. Dr. Hans-Werner Sinn, dem Präsidenten des ifo-Institutes, bei seinem Vortrag an der Georg-August-Universität Göttingen am 12. Dezember 2003. Zu der mit etwa 200 Zuhörern gut besuchten Veranstaltung hatten das Ibero-Amerika-Institut an der Universität Göttingen und das **CeGE** gemeinsam eingeladen.

Anlass des Besuches war u.a. die Vorstellung wesentlicher Gedanken aus seinem aktuellen Buch „Ist Deutschland noch zu retten?“. Zunächst skizzierte Hans-Werner Sinn anhand einiger Fakten die wirtschaftliche Lage in Deutschland. So ist in den vergangenen Jahren Deutschland durch viele andere europäische Länder (z.B. Großbritannien, Frankreich, Österreich, Irland, Niederlande) beim Pro-Kopf-Einkommen überholt worden. Zu dieser unerfreulichen Entwicklung trägt nach Sinn auch die andauernde Schwäche in den neuen Bundesländern bei, deren Produktivität etwa bei 59% des westdeutschen Niveaus stagniert und wo ein durchschnittlicher jährlicher Beschäftigungsabbau von 1,8% seit 1994 Anlass zur Sorge gibt. Der dortige Lebensstandard werde durch laufende Transfers von etwa 85 Mrd. Euro jährlich aufrechterhalten, die einem regionalen Leistungsbilanzdefizit von 45% entsprechen würden.

Als Hauptgrund für die andauernde Schwächephase nennt Sinn den Verlust an Wettbewerbsfähigkeit gegenüber vielen anderen Volkswirtschaften und identifiziert die Lohnkosten als relevante Faktorkosten eines Standortes. Im internationalen Vergleich sind für Deutschland mit die höchsten Arbeitskosten (Industrielöhne in Euro/Arbeitsstunde) festzuhalten. Für die vergangenen 8 Jahre lässt sich zwar eine Zunahme der Industrieproduktion um 15% verzeichnen, jedoch lediglich eine Zunahme der inländischen Wertschöpfung um 5%. Somit lässt sich nach Sinn der Trend zu einer „Montageökonomie“ nicht mehr abstreiten, bei der die wertschöpfungsreichen Komponenten an ausländischen, in zunehmendem Maße osteuropäischen Standorten gefertigt werden. Da in Deutschland der Faktor Arbeit mit der weltweit höchsten Grenzaufgabenbelastung belegt ist, sei ein solcher Trend nicht weiter verwunderlich.

Als Ausweg aus der Krise schlägt Hans-Werner Sinn ein ganzes Maßnahmenbündel vor. Neben einer grundlegenden Vereinfachung des Steuersystems gehört hierzu nach Sinn auch die



Prof. Dr. Hans-Werner Sinn

Ausweitung der Arbeitszeiten etwa um 10%. Weiterhin seien Lockerungen im Tarif- und Kündigungsschutzrecht zu erwägen, um moderatere Lohnabschlüsse zu erleichtern, damit auch die Interessen der nicht im Erwerbsleben stehenden „Outsider“ eher berücksichtigt werden. Nach Sinn ermöglicht ein gelockerter Kündigungsschutz auch die Einstellung von mehr Beschäftigten bei gleichen Löhnen.

Eine spezifisch „deutsche Krankheit“ stellt der Präsident des ifo-Institutes mit Blick auf den Arbeitsmarkt fest. Als Problemgruppe seien Erwerbslose ohne Ausbildung zu nennen. Nach seiner Meinung tritt ein vergleichsweise gut ausgebauter Sozialstaat in Konkurrenz zum Arbeitsangebot für gering qualifizierte Beschäftigte und drückt tendenziell untere Lohngruppen aus dem Arbeitsmarkt heraus. Hierzu passt auch die Feststellung, dass im Zeitraum zwischen 1970 und 2000 der Industriestundenlohn um 350%, der Sozialhilfesatz jedoch um 450% angewachsen ist.

In der sich anschließenden regen Diskussion wurde insbesondere auf das Spannungsfeld einer billigeren versus qualitativ hochwertigen Produktion in Deutschland hingewiesen. Nach Hans-Werner Sinn hat Deutschland deutliche komparative Vorteile bei der Erstellung technologisch anspruchsvoller Güter. Demzufolge sind Forderungen nach einer verbesserten Bildung und umfangreicheren Investitionen in Humankapital nachvollziehbar. Jedoch werde dieses Feld bisweilen als Ablenkung gebraucht, um von schmerzhaften Reformerfordernissen abzulenken. Ergo: Deutschland muss auch billiger werden!

Konar Mutafoğlu, **CeGE**

Inhalt:

Reformen in Deutschland

Kommentar: Wird der Euro zum Risiko?

Kommentar: Gibt es Kapital, das für Geld nicht zu haben ist? Zur Geschichte der Bildung von Sozialkapital

CeGE-Intern

S. 1

S. 2

S. 3

S. 4

Kommentar

Wird der Euro zum Risiko?

Die Diskussion um den Euro hat in den letzten Monaten eine andere Dimension angenommen. Vor seiner Einführung und in den ersten Jahren nach dem Start der Gemeinschaftswährung dominierte oft die Skepsis, ob eine einheitliche Währung in einem heterogenen Wirtschaftsraum überhaupt mit nachhaltiger Binnen- und Außenstabilität verbunden sein kann. Derzeit steht dagegen die Sorge im Vordergrund, dass der Euro nach außen zu stark werden und sich dadurch negativ auf die Wirtschaft auswirken könnte. Wie schon in der Phase seiner anhaltenden Schwäche wird daher auch jetzt wieder der Ruf laut, mit geldpolitischen Maßnahmen – seien es Zinsanpassungen oder direkte Devisenmarktinterventionen – den Wechselkurs zu beeinflussen.

Die Argumente sind nicht neu: Auch in der Ära der D-Mark gab es immer wieder Debatten um das D-Mark-Dollar-Verhältnis, das nach Einführung der flexiblen Wechselkurse im Jahr 1973 von sehr intensiven Wellenbewegungen im Trend und oft auch starken Fluktuationen um den Trend geprägt war. Man erinnere sich nur daran, dass der Dollar im Jahr 1980 einen Tiefststand von unter 1,80 D-Mark pro Dollar aufwies, im Jahr 1985 einen Höchststand von über 3,45 D-Mark pro Dollar und Ende 1987 wiederum nur noch knapp 1,80 D-Mark wert war. Seinen absoluten Tiefststand erreichte er nach weiteren kräftigen Fluktuationen im Jahr 1995 mit 1,38 D-Mark pro Dollar.

Gehen wir von einem derzeitigen Euro-Kurs von 1,27 Dollar pro Euro aus, so entspricht dies in etwa einem D-Mark-Dollar-Kurs von 1,54 D-Mark pro Dollar. Der bisherige historische Tiefststand des Euro Ende 2000 ergäbe umgerechnet einen Kurs von ca. 2,35 D-Mark pro Dollar. Die bisherigen Schwankungen des Euro liegen also noch deutlich innerhalb der Bandbreite, die das D-Mark-Dollar-Verhältnis in den Jahren zuvor aufwies.

Gerade der Wechselkurs gegenüber dem Dollar hat zudem stets zwei gegenläufige Effekte auf die einheimische Wirtschaft: Zum einen beeinflusst er die preisliche Wettbewerbsfähigkeit gegenüber amerikanischen Produkten und solchen aus Ländern, die ihre Währung an den Dollar gebunden haben. Zum anderen werden jedoch nach wie vor nahezu alle Rohstoffe in Dollar fakturiert, so dass gerade rohstoffarme Länder, die stark auf Rohstoffimporte angewiesen sind, auch auf der Kostenseite durch den Dollar beeinflusst werden.

Konkret ist für die Auswirkungen des Euro-Dollar-Kurses festzuhalten, dass ein großer Teil des Exportgeschäftes der Euroländer mit Partnern aus der Eurozone stattfindet. Es ist also nur ein kleinerer Teil der Exporte, der in seiner preislichen Wettbewerbsfähigkeit überhaupt betroffen ist, wobei dieser Anteil von Land zu Land unterschiedlich hoch ist. Hinzu kommt, dass bei vielen Unternehmen sowohl Kosten als auch Erlöse in Dollar anfallen, so dass sich Dollarkursschwankungen sogar schon unternehmensintern ausgleichen. Hinzu kommen schließlich noch jene Unternehmen, die aus dem Dollarraum Vorleistungen beziehen und in den Euroraum exportieren, so dass sie von einem starken Euro eindeutig profitieren.



Prof. Dr. Renate Ohr

Betrachtet man die Leistungsbilanz des gesamten Eurolandes gegenüber dem Rest der Welt, so zeigt sich, dass sich diese zunächst in der Phase der starken Abwertung des Euro sogar verschlechtert hat, während sie sich seit 2001 von einem Minus zu einem deutlichen Plus hin entwickelt hat. Im Jahr 2003 verschlechterte sie sich zwar wieder etwas, blieb jedoch noch in einem leichten Überschuss. Hier zeigt sich, dass für einen Großteil des Handels nicht nur die preisliche Wettbewerbsfähigkeit eine Rolle spielt, sondern auch – und zum Teil dominierend – die Weltkonjunktur. Gerade in den auch für Deutschland wichtigen Exportbranchen wie Maschinenbau oder Elektrotechnik sind die Exportwerte eindeutig mit der Konjunktur in den Abnehmerländern korreliert und nur in deutlich geringerem Maße mit dem Wechselkurs.

Der Versuch, die EZB nun zu einer exportfördernden Wechselkurspolitik zu drängen, die sich in Zinssenkungen oder Dollarkäufen darstellen müsste, ist daher sachlich nicht gerechtfertigt und eher gefährlich. Die Politik der EZB ist vorrangig an der internen Stabilität des Euro auszurichten. In den letzten Jahren war die Inflationsrate jeweils knapp über dem Wert, den sich die EZB selbst als Obergrenze gesetzt hatte. Der in letzter Zeit entstandene Liquiditätsüberschuss ist eine potenzielle Gefahr, die im Zuge des erwarteten Aufschwungs nicht unterschätzt werden darf. Ein starker Euro ist hier nützlich, da er die Preise importierter Vorleistungen und Konsumgüter aus dem Dollarraum senkt.

Die Aufwertung des Euro ist darüber hinaus notwendig, um das anhaltende Leistungsbilanzdefizit der USA sukzessive abzubauen. Das Problem hierbei liegt allerdings darin, dass im Moment der Euro die Anpassungslast gegenüber dem Dollar alleine tragen muss, da die asiatischen Währungen weitgehend an den Dollar gebunden sind oder im Rahmen eines dirty floatings (Japan) an einer starken Aufwertung gehindert werden. Das Problem besteht somit nicht darin, dass zu viel Wechselkursflexibilität vorliegt, sondern weltweit gesehen zu wenig.

Prof. Dr. Renate Ohr, Volkswirtschaftliches Seminar

Kommentar

Gibt es Kapital, das für Geld nicht zu haben ist? Zur Geschichte der Bildung von Sozialkapital

Auch wenn in den aktuellen Debatten um den Wirtschaftsstandort Deutschland wenig von ihm die Rede ist, Sozialkapital besitzt eine eminente Bedeutung sowohl für das Funktionieren von Märkten als auch für die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Es schlägt sich u.a. in den ethischen Standards einer Gesellschaft nieder. Mit der Höhe der Wahrscheinlichkeit, betrogen, ausgeraubt und ermordet zu werden, steigen die Transaktionskosten u.U. bis zu dem Punkt, an dem der Markt zum Erliegen kommt. Das Sozialkapital einer Gesellschaft hängt auch von ihrem Bildungsniveau ab, von kulturellen Leitbildern (Individualismus, Leistungsbereitschaft) und der Kooperationsfähigkeit ökonomischer Akteure.

Kooperation benötigt eine besondere Art des Sozialkapitals, nämlich Vertrauen. Da Investitionen und letztlich alle Markttransaktionen zukunftsbezogenes Handeln unter Unsicherheit darstellen, sind vertrauensschaffende Mechanismen unabdingbar. Ansonsten sind die Risiken und *moral hazards* zu groß und die Akteure nicht bereit, diese Unwägbarkeiten auf sich zu nehmen. Die Sanktionsgewalt des Staates allein ist aber nicht in der Lage, Regelvertrauen zu garantieren, ohne dass ökonomische Potenziale ungenutzt bleiben.

Das World Economic Forum in Davos stand 2003 nicht ohne Grund unter dem Motto »Building Trust«. Korruption, Bilanzfälschung, maßlose Gehälter und Abfindungen von Topmanagern haben deren Vertrauenswürdigkeit erschüttert. Daher erhalten die Themen Unternehmensethik und *corporate governance* zunehmend mehr Aufmerksamkeit ebenso wie allgemeine Fragen nach der ökonomischen Bedeutung von Vertrauen.

Das Göttinger Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte forscht über die Genese von Vertrauen im Zuge der Industrialisierung und Globalisierung des 19. Jahrhunderts und setzt sich kritisch mit der in den Sozialwissenschaften weit verbreiteten These auseinander, dass sich Sozial- und Vertrauenskapital außerhalb des Marktes gebildet und die Wirtschaft selbst an seiner Entstehung keinen Anteil gehabt hätte. Zwar ist zu konzedieren, dass die Vergrößerung der Märkte im 19. Jahrhundert die Zahl der Betrugsfälle explodieren ließ und außermärkliche Stabilisatoren wie Verwandtschaft, ethnische und religiöse Gruppensolidaritäten eine große Rolle für die Senkung dieser Risiken spielten. Fernhändler kooperierten lange lieber mit Familienangehörigen oder Glaubensbrüdern als mit völlig Fremden. Die frühen Multinationals lösten das *Principal-agent* Problem durch die Beauftragung von Verwandten der Kapitaleigner. Allerdings waren solchen Verfahren klare Grenzen gesetzt, zu dynamisch griff das Marktgeschehen über die Reichweite dieser Systeme hinaus. Mit anderen Worten, soziokulturelle Bindungskräfte eigneten sich nicht für alle Arten von Transaktionen, und es gab immer mehr Geschäftspartner, die sich weder qua Verwandtschaft noch Religion oder Abstammung einbinden ließen.



Prof. Dr. Hartmut Berghoff

Daher nahm sich auch der Markt des selbstgeschaffenen Vertrauensproblems an, und es etablierten sich auf ihm kommerzielle Vertrauenswächter. Vertrauen bzw. Informationen, die eine Unterscheidung von berechtigtem und blindem Vertrauen erlaubten, wurden zu einer begehrten Ware. Die Geschichte der bereits relativ gut erforschten Versicherungswirtschaft und der Großbanken gehört zweifellos in diesen Kontext, aber auch die bisher weitgehend unbekannte Geschichte der Rating-Agenturen.

Diese *information brokers* entstanden in den USA seit den 1840er Jahren als Reaktion auf Kreditkrisen. Sie begannen, systematisch Daten über die Bonität von Geschäftsleuten zu sammeln und in Form von *credit reports* an andere Unter zu verkaufen. Ihre Funktion bestand in der Überwindung von Informationsasymmetrien und der Durchsetzung unternehmerischer Verhaltensstandards, d.h. der Etablierung von Regelvertrauen. Es ist faszinierend zu sehen, wie sich die Datenbanken der Rating-Agenturen innerhalb weniger Jahrzehnte vergrößerten und seit 1880 bereits eine globale Reichweite gewannen. Zugleich ließ die große Nachfrage nach kommerziellen Informationen einen gänzlich neuen Wirtschaftszweig aufblühen.

Mit Hilfe der Agenturen konnten Unternehmer in der ganzen Welt das Risiko eines Geschäftes mit neuen, geographisch weit entfernten Partnern besser abschätzen. Der Marktführer Dun besaß 1914 ein fast weltweites Netz von über 200 Filialen und zehntausenden Korrespondenten und war in der Lage, über die meisten Firmen der Welt innerhalb von zwei Tagen detaillierte Informationen anzubieten. Die kommerziellen Rating-Agenturen erbrachten somit einen großen Beitrag zur Konstituierung und Stabilisierung globaler Märkte. Insofern sind Sozialkapital und Marktwirtschaft, Vertrauen und Eigennutzen keineswegs Gegensätze.

Prof. Dr. Hartmut Berghoff,
Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte

cege-Intern:

Vorstellung der Mitarbeiter des cege



Vorstand und Mitarbeiter des cege 2004

v.l.n.r. Dr. Dagmar Sakowsky, Dipl.-Vw. Konar Mutafoğlu, Dr. Felicitas Nowak-Lehmann, Prof. Dr. Renate Ohr (Direktorin), Prof. Dr. Gerhard Rübel, Prof. Dr. Stephan v. Cramon-Taubadel
Nähere Informationen zu den Aufgaben und Zielen des cege finden Sie unter: www.cege.wiso.uni-goettingen.deT

cege-Schriften

- In der Reihe **cege-Schriften** sind die Bände sieben und acht erschienen:
Schinke, Christoph: „Der Geldmarkt im Euro-Währungsraum: Geldmarktgeschäfte, Zinsbildung und die Taylor Rule“
Stukenbrock, Kai: „The Stability of currency Boards“

Neue Diskussionspapiere

- Auf der **cege**-Homepage liegen drei neue **cege**-Diskussionspapiere zum Download bereit. Beitrag Nr. 20 von **Carsten Eckel** beschäftigt sich mit der Frage: „Does Globalization lead to Specialization?“. Mit dem Thema „Easy Targets and the Timing of Conflict“ befasst sich Beitrag Nr. 21 von **Kai A. Konrad** und **Helmuth Bester**. „Market Entry and Foreign Direct Investment“ lautet der Titel des Beitrags Nr. 22 von **Frank Stähler**.

Gäste am cege

- Im Dezember 2003 bot **Christos Kotsogiannis** PhD, University of Exeter, englischsprachige Vorlesungen zum Thema „Topics in International Taxation“ an.

Verschiedenes

- Prof. Dr. Renate Ohr** ist für vier Jahre in das Fachkollegium „Wirtschaftswissenschaften“ der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) gewählt worden.
- Prof. Dr. Gerhard Rübel** hielt am 4. Februar 2004 seine Antrittsvorlesung zum Thema „Globalisierung – Geißel der Menschheit oder Quelle weltweiten Wohlstands?“ (Näheres unter: <http://www.cege.wiso.uni-goettingen.de/index.html>)

Impressum:

Herausgeber: Zentrum für Globalisierung und Europäisierung der Wirtschaft, Georg-August-Universität Göttingen, Platz der Göttinger Sieben 3, 37073 Göttingen, Tel. 05 51 / 39 70 91, Fax. 05 51 / 39 70 93, Web-Site: www.cege.wiso.uni-goettingen.de, Geschäftsführende Direktorin: Prof. Dr. Renate Ohr

Redaktion: Prof. Dr. Renate Ohr

Layout: Jörg Lillpopp

Druck: GWDG, Göttingen

Aktuelle Forschungsthemen am cege

„Die Beschäftigung mittel- und osteuropäischer Saisonarbeitskräfte in der deutschen Landwirtschaft“ - So lautet der Titel einer Studie von **M.Sc. Sebastian Hess** und **Prof. Dr. v. Cramon-Taubadel**, welche in naher Zukunft veröffentlicht werden soll.

Dieses Thema wurde in Deutschland bislang in nur sehr wenigen Veröffentlichungen unter wissenschaftlichen Gesichtspunkten betrachtet. In Nordamerika jedoch werden „Farm Labour Migration Issues“ aufgrund der Mexikanerproblematik sehr oft wissenschaftlich behandelt. Im Rahmen seines einjährigen Studienaufenthaltes an der University of California wurde Sebastian Hess auf dieses Thema aufmerksam. Unter der Betreuung von Prof. Dr. v. Cramon-Taubadel wurde diese aus den USA stammende Problematik dann im Rahmen von Sebastian Hess' Masterarbeit auf den deutschen Saisonarbeitsmarkt übertragen.

Der in Deutschland vorzufindende landwirtschaftliche Saisonarbeitsmarkt ist durch legale, maximal dreimonatige Arbeitsverträge einerseits, sowie andererseits durch informelle Beschäftigung ohne Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis gekennzeichnet. Bei dieser informellen Beschäftigung von meist mittel- oder osteuropäischen Saisonarbeitern handelt es sich um ein System zirkulärer, temporärer Arbeitsmigration ohne Hinweis auf dauerhafte Einwanderung.

Ziel war es, im Rahmen einer „angewandten“ ökonomischen Herangehensweise mit Hilfe von diversen Berechnungen eine Quantifizierung der deutschen Gesamtnachfrage nach Saisonarbeitskräften vorzunehmen. Durch den Vergleich dieser Ergebnisse mit der jeweiligen Zahl legaler Saisonarbeitsverträge wird dann deutlich, dass der informelle Arbeitsmarkt immer noch sehr große Bedeutung besitzt, obwohl schon seit Ende der Neunziger Jahre durch liberale Vergabe von Saisonarbeitsverträgen versucht wird, diese informelle Beschäftigung in offizielle Arbeitsverhältnisse überzuleiten. Die Mobilität deutscher Arbeitsuchender in den landwirtschaftlichen Saisonarbeitsmarkt wird durch tarifäre, sozialstaatliche und schattenwirtschaftliche Einkommensopportunitäten innerhalb Deutschlands stark eingeschränkt. Wie sich die bevorstehende EU-Osterweiterung auf diese landwirtschaftliche Arbeitsmigration auswirken wird, bleibt weiteren Forschungsarbeiten vorbehalten.

Workshop „Internationale Wirtschaftsbeziehungen“

11. bis 13. März 2004

Der von Prof. Rübel geleitete Göttinger Workshop „Internationale Wirtschaftsbeziehungen“ (ehemals Passauer Workshop „Internationale Wirtschaftsbeziehungen“) vom 11. bis 13. März 2004 soll deutschsprachigen Wirtschaftswissenschaftlern eine Plattform bieten, um ihre Forschungsergebnisse aus dem Gebiet der Außenwirtschaftstheorie und -politik in einem fachkundigen Kreis vorzutragen und zu diskutieren. Mit dem Workshop soll interinstitutionelle Zusammenarbeit gefördert und den Teilnehmern ein Überblick über neuere Entwicklungen, Problemstellungen und methodische Vorgehensweisen in ihrem Fachgebiet gegeben werden. Jüngere Nachwuchswissenschaftler (Doktoranden, Post-Docs, Habilitanden u.a.) werden ausdrücklich ermutigt, sich an dem Workshop zu beteiligen.

Veranstaltungsort ist der Campus der Universität Göttingen. Nähere Informationen finden Sie unter:

www.cege.wiso.uni-goettingen.de

Die Veranstaltung ist öffentlich!